

# G 20 Elbchaussee-Prozess:

## Interview von Radio Dreyeckland mit Loic:

<https://rdl.de/beitrag/loic-will-g20-reststrafe-frankreich-absitzen>

### **G20-Urteil rechtskräftig: Schwere Schlappe für Hamburgs Polizei – und für Scholz :**

<https://newstral.com/de/article/de/1234167143/g20-urteil-rechtskr%C3%A4ftig-schwere-schlappe-f%C3%BCr-hamburgs-polizei-und-f%C3%BCr-scholz>

„Dieses Urteil ist ein großer Erfolg für alle, die im Juli 2017 gegen den G20-Gipfel protestiert haben und deren Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit seinerzeit von der Hamburger Politik und der Polizei mit Füßen getreten wurden“, sagt Rechtsanwalt Martin Klingner. *(PS.: Martin ist auch unser Hausanwalt.)*

## **Elbchaussee-Revisionen in Leipzig verschärft/gescheitert - Loic will G20-Reststrafe in Frankreich absitzen.**

Die juristischen Nachspiele bezüglich des Hamburger G20 von 2017 dauern an. Während der „es hat keine Polizeigewalt gegeben“ Brechmittel-Kanzler Scholz trotz Cum-Ex und WireCard ins Kanzleramt zog, schlagen sich europaweit Linke mit andauernden Strafen wegen eines Scherbenwochenendes eines längst vergangenen Sommers herum.

Weiterhin wird auf verschiedene Revisionen gewartet – viele G20-Prozesse werden verschoben oder ausgesetzt. Im Elbchaussee-Verfahren, einem Prozess gegen fünf Jugendliche denen unter anderem Randalen in einem Villenviertel vorgeworfen wird, gab es im Dezember Neuigkeiten.

Mit Beschlüssen der Ablehnung mehrerer Revisionsbestrebungen auf beiden Seiten, wurden unter anderem die 36 Monate Haft gegen Loic bestätigt. Die einzige vom BGH zum 13.12. angenommene Revision betraf zwei der Offenbacher. Hier befand die Staatsanwaltschaft, wie bei allen anderen auch, dass die verbüsste Strafe zu gering sei.

Für Loic bedeutet das, nach etwa zwei Jahren in Teilfreiheit, und einem endlosen Gerichtsprozess, dass er in den nächsten Wochen oder Monaten für einige Zeit in den Knast zurück muss. Nach 16 Monaten im Hamburger Knast läuft nun ein Antrag seiner AnwältInnen Theune, Kempf und Weyers, die Haft in seinem Herkunftsland verbüßen zu können.

Derzeit arbeitet Loic in einem Gärtnereibetrieb in Lothringen und ist nach der vielen Zeit noch immer empört über die Repression. Im Interview am Gemüsestand schildert er seine Perspektive auf die kommende Haft, berichtet von den Erfahrungen in Hamburg und ruft weiterhin zur Solidarisierung mit allen Unterdrückten auf.

### **Zur Info weitergeleitet.**

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## **Rückblicke:**

**.) Einblicke in den Prozeß gegen unseren Freund Loic Schneider aus Frankreich:**

<https://www.wsws.org/de/articles/2020/07/22/hamb-j22.html>

**.) G20 vor Hamburger Landgericht:**

<https://www.mopo.de/hamburg/g20-randale-wieder-vor-hamburger-landgericht/> - -

Mit Schuldsprüchen endete im Sommer 2020 ein Prozess wegen des gewalttätigen Aufmarschs an der Hamburger Elbchaussee beim G20-Gipfel. Gegen die Urteile wurde Revision eingelegt. Nun hat der Bundesgerichtshof entschieden.

Das Hamburger Landgericht wird sich nach einer Entscheidung des

Bundesgerichtshofes erneut mit der Elbchaussee-Randale beim G20-Gipfel befassen müssen. Das 2020 gefällte Urteil gegen drei erwachsene Angeklagte sei inzwischen rechtskräftig, sagte ein Gerichtssprecher in Hamburg am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur.

**Hamburg: Elbchaussee-Randale beschäftigt Gericht erneut**

Bei den zwei Angeklagten, die zum Tatzeitpunkt noch Jugendliche waren, müsse es aber eine neue Hauptverhandlung geben. Laut BGH-Entscheidung von Mitte Dezember haben ihre Schuldsprüche zwar Bestand. „Das Landgericht muss aber über die zu verhängenden Sanktionen neu entscheiden.“

Die Angeklagten waren nach Überzeugung des Gerichts unter den rund 220 schwarz Vermummten, die am Morgen des 7. Juli 2017 über die Elbchaussee zogen. Sie zündeten Autos und Gebäude an, schlugen zahlreiche Scheiben ein und beschmierten Häuser mit Farbe.

### **.) Elbchaussee-Prozess: Von fürsorglicher und rachsüchtiger Klassenjustiz:**

<http://keinruhigeshinterland.org/2020/08/01/elbchaussee-prozess-von-fuersorglicher-und-rachsuechtiger-klassenjustiz/> -- Im richtigen Lichte betrachtet ist „Elbchaussee-Prozess“ eine schillernde Wortschöpfung, mit der man alles Mögliche assoziieren kann. Es ließe sich zum Beispiel die angenehme Vorstellung an diesen Begriff knüpfen, es sei ein Verfahren gemeint, bei dem all die Steuerhinterzieher, Waffenhändler und sonstigen Schwer- und Wirtschaftsverbrecher\*innen, die an dieser den Reichtum Hamburgs wie keine andere symbolisierenden Straße in ihren Villen mit Elbblick residieren, auf der Anklagebank sitzen. Ein Verfahren, für das eine Soko „Weiße Weste“ in monatelanger mühsamer Kleinarbeit mit Hilfe modernster Software vorgearbeitet hat. In dem die Staatsanwaltschaft ein flammendes Plädoyer hält und die Angeklagten als einen „skrupellosen und raffgierigen Mob, der auf unterster sittlicher Stufe steht“ anprangert. In dem die Angeklagten zu hohen Haftstrafen mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt werden, auf dass sie die Allgemeinheit fürder hin nicht mehr schädigen können.

### **.) Massenverfahren wg. Rondenbarg:**

<https://www.jungewelt.de/artikel/387812.prozess-um-rondenbarg-komplex-die-j%C3%BCngsten-angeklagten-zuerst.html> --

Knapp dreieinhalb Jahre nach dem G-20-Gipfel in Hamburg will die Justiz der Hansestadt erneut Gegner des Gipfeltreffens vor Gericht stellen. Am 3. Dezember soll vor dem Landgericht Hamburg der erste von mindestens acht Prozessen des sogenannten Rondenbarg-Komplexes beginnen. Insgesamt sollen mehr als 80 Gipfelgegner angeklagt werden, wie die Kampagnengruppe »Gemeinschaftlicher Widerstand« am Montag auf ihrer Homepage meldete. Die Kampagne war im Januar gestartet worden, um für den »Tag X« – gemeint ist der Samstag vor Beginn der Rondenbarg-Prozesse – Proteste zu organisieren. Dies ist nun der 28. November, für den in mehreren Städten Aktionen geplant sind. In Berlin und Braunschweig seien bereits Demos angemeldet worden.

### **.) G20 : Keine Gnade - Urteil gegen die »Drei von der Parkbank« :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/393754.repression-gegen-linke-keine-gnade.html> --

Mit der strafrechtlichen Aufarbeitung des G-20-Gipfels in Hamburg im Sommer 2017 hat es die Justiz nicht eilig. Bereits dreieinhalb Jahre dauert der Feldzug der Hamburger Polizei- und Justizbehörden gegen die Protestbewegung an, mehr als 200 Prozesse gegen Gipfelgegner sind bisher geführt und abgeschlossen worden, etliche

mit drakonischen Haftstrafen – doch ein Ende ist nicht in Sicht. Erst am 3. Dezember begann vor dem Landgericht Hamburg der »Rondenbarg-Prozess«, der von der von Linken in der gesamten Bundesrepublik aufmerksam beobachtet wird. Zum einen, weil es sich um den bisher umfangreichsten Verfahrenskomplex in Sachen G 20 handelt. Die fünf jungen Angeklagten sind nur die ersten von etwa 80, die von der Staatsanwaltschaft wegen derselben Sache – Teilnahme an einer von der Polizei angegriffenen und zerschlagenen Demonstration von rund 200 Gipfelgegnern im Industriegebiet Rondenbarg am 7. Juli 2017 – angeklagt worden sind. Vor allem steht der Prozess aber im Fokus, weil das Urteil weitreichende Auswirkungen auf das Versammlungsrecht haben könnte.

Hamburgs Staatsanwaltschaft versucht im »Rondenbarg-Prozess« erneut, ihre eigenwillige Auffassung des Straftatbestandes Landfriedensbruch durchzusetzen. Sie will zurück zur rechtlichen Praxis vor dem Jahr 1970, als allein die »Zusammenrottung« zum (angeblichen) Zweck der Gewaltausübung aus einer Menschenmenge heraus strafbar war. Keinem der rund 80 Angeklagten wird eine eigenhändig begangene Tat vorgeworfen. Die 14 Steine und drei Bengalos, die auf die aufmarschierenden bzw. heranstürmenden Polizisten geworfen worden seien, werden einfach allen zugerechnet. Die fünf Angeklagten sollen nur für das Mitlaufen in dem Aufzug bestraft werden.

Als besonders bodenlos muss der Versuch der Strafverfolger gewertet werden, dem Aufzug im Rondenbarg den Charakter einer politischen Demonstration abzusprechen. Mit diesem Kniff will die Staatsanwaltschaft erreichen, dass im Verfahren das sogenannte Hooliganurteil des Bundesgerichtshofs vom Mai 2017 angewandt werden kann. Damals waren Fußballfans nur für das »ostentative Mitmarschieren« in einer Gruppe verurteilt worden.

Im »Elbchaussee-Prozess«, der im Juli 2020 beendet wurde, hatte sich die Staatsanwaltschaft mit ihrer Rechtsauffassung zum Teil bereits durchgesetzt. In dem mit eineinhalb Jahren Dauer bisher längsten G-20-Verfahren hatte die Große Strafkammer 17 des Landgerichts drei der fünf Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs und Beihilfe zur Brandstiftung zu Haftstrafen verurteilt. Nur einem der drei waren konkrete Straftaten zugeordnet worden – die anderen beiden Angeklagten wurden nur für das Mitlaufen im Aufzug verurteilt.

Allerdings hatte die Staatsanwaltschaft es in dem Verfahren auch leichter. Denn im Gegensatz zu den Vorgängen am Rondenbarg war es bei dem Aufzug von der Elbchaussee nach Altona, der fast zeitgleich am Morgen des 7. Juli 2017 stattfand, zu Straftaten in erheblichem Ausmaß gekommen. Die Kammer erklärte, es habe sich nicht um eine von der Versammlungsfreiheit gedeckte Demonstration gehandelt. Der Aufzug sei »von Anfang an« durch Gewalttätigkeit geprägt gewesen. Tatsächlich waren an jenem Morgen zahlreiche Scheiben von Geschäften und Büros

eingeworfen und Autos in Brand gesetzt worden. Das Urteil war ein Teilerfolg für die Staatsanwaltschaft bei dem Versuch, den Landfriedensbruch neu zu definieren. Was das langfristig für die Versammlungsfreiheit bedeuten könnte, umriss Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, kurz nach der Urteilsverkündung. Wenn man mit Haftstrafen rechnen müsse, »weil andere Leute an einer anderen Stelle der Demo möglicherweise Gewalttaten begehen«, dann drohten »nachhaltige Schäden« für das Versammlungsrecht. Genau diese Gefahr sehen viele auch für den Fall, dass die Staatsanwaltschaft im »Rondenbarg-Prozess« eine Verurteilung der fünf Angeklagten erreicht.

Doch Polizei und Justiz geht es bei den mit großem Aufwand geführten G-20-Verfahren nicht nur um eine Beschneidung der Versammlungsfreiheit, sondern selbstverständlich auch darum, linke Aktivisten ins Gefängnis zu bringen und abschreckende Urteile zu produzieren. Das zeigte der Prozess, der Anfang November 2020 nach 50 Verhandlungstagen zu Ende ging. Die drei Angeklagten, eine Frau und zwei Männer, die als die »Drei von der Parkbank« bekannt wurden und in der radikalen Linken viel Solidarität erfuhren, wurden vom Landgericht zu absurd hohen Haftstrafen verurteilt. Zweimal ein Jahr und acht Monate sowie ein Jahr und sieben Monate – nur für die angebliche »Verabredung« zu einer Tat, zu der es nicht gekommen war.

Das Trio war im Juli 2019, am zweiten Jahrestag des G-20-Gipfels, auf einer Parkbank in Hamburg-Eimsbüttel von Zivilfahndern festgenommen worden, nachdem die Polizei einen der drei später Verurteilten ohne richterliche Anordnung observiert hatte. Bei ihnen seien unter anderem vier Brandsätze, mit Benzin gefüllte PET-Flaschen, Grillanzünder, Wechselkleidung sowie ein Zettel mit angeblichen Anschlagzielen gefunden worden. Die Kammer hielt es für erwiesen, dass die Angeklagten sich getroffen hatten, um an vier Orten Brände zu legen, die mit der Immobilienbranche in Verbindung gebracht werden.

Diese Urteile und der Beginn des »Rondenbarg-Prozesses« zeigten erneut: Während die Justiz rechte Täter allenfalls mit Samthandschuhen anfasst – so den AfD-Sympathisanten, der Mitte Oktober 2020 im schleswig-holsteinischen Henstedt-Ulzburg drei Demonstranten mit einem Pick-up anfuhr –, greift sie bei Linken gnadenlos durch. Die müssen schon ins Gefängnis für Brandstiftungen, die sie nur geplant haben sollen, und Steine, die andere geworfen haben.

#### **.) Statement zu den Razzien beim «Roten Aufbau» :**

<https://de.indymedia.org/node/106214> - -

Am 31.08.2020 wurden im Rahmen einer großangelegten überregionalen Razzia Hausdurchsuchungsbeschlüsse gegen 22 Betroffene vollstreckt, denen die

Staatsschutzbehörden vorwerfen, als Mitglieder des «Roten Aufbau» eine kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB gebildet zu haben. An den Durchsuchungen waren neben regulären Polizeibeamten auch SEK-Einheiten eingesetzt, die mit Maschinenpistolen im Anschlag einzelne Wohnungen stürmten. Insgesamt wurden 28 Objekte durchsucht und u.a. Computer und Festplatten beschlagnahmt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Durchsuchungsaktion umfangreiche Observationsmaßnahmen und die Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation vorausgegangen sind, die nun auch weitergeführt werden.

**.) Redebeitrag zur Situation in den Knästen:** <https://de.indymedia.org/node/133970> - - Hier ein Beitrag, der am Sonntag, den 17.01.2020 auf der Demonstration "Streiken, Besetzen, Enteignen! Gemeinsam auf die Straße für eine solidarische Antwort auf die Corona-Krise" in Hamburg gehalten wurde.

Wir stehen hier unweit der Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis, einem von 5 Knästen in Hamburg.

U-Haft – das bedeutet in den ersten Wochen 23 Stunden Zelle, enorme Einschränkungen der Kommunikation, das plötzliche Entreißen aus dem sozialen und familiären Umfeld. Angst, Stress, enormer Druck, der Mensch wird zum Verwaltungsakt degradiert.

Das ist das Kalkül des Systems U-Haft, es soll einschüchtern, verängstigen, brechen. Als Teil des Justiz- und Gefängnisystems, welches immer nur der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Normalität dient - indem es diejenigen sanktioniert, die in diesen Verhältnissen nicht konform funktionieren können oder wollen und indem es nicht zuletzt unter allen anderen Angst vor dem Regelbruch schürt.

Auch der Knast ist im Zuge der Pandemie nochmal eine ganze Ecke beschissener geworden.

Wurden zu Beginn der Pandemie in einigen Bundesländern Menschen entlassen, die beispielsweise wegen nicht bezahlter Geldstrafen in Ersatzhaft saßen, herrschte ziemlich bald wieder Normalbetrieb – abgesehen eben von den nun noch schwierigeren Haftbedingungen, die dem Infektionsschutz dienen sollen.

Infektionsschutz heißt allerdings in Hamburg zum Beispiel, dass in der Untersuchungshaftanstalt schon seit Oktober wieder Doppelzellen belegt werden, weil der Knast so voll ist. Infektionsschutz heißt auch, dass die Neuinhaftierten eine zweiwöchige Quarantäne durchstehen müssen bevor sie auf andere Stationen oder Knäste verteilt werden, tatsächlich treten auch die Gefangenen, die eigentlich nach Billwerder oder Fuhlsbüttel müssten, ihre Haft im Holstenglacis an.

In dieser Quarantänefrist gibt es für die Gefangenen keine frische Kleidung, keinen Besuch – und deutlich reduzierte Duschzeiten.

In vielen Knästen wurden die Arbeitsplätze im Zuge der Pandemie geschlossen,

sodass vielerorts wieder bis zu 23 Stunden Einschluss in den Zellen üblich war. Besuche durch Angehörige und Freunde wurden überall gestrichen oder mindestens reduziert und finden nur noch mit Trennscheibe statt. Gerichtsverhandlungen fallen aus, tagelanger 24stündiger Einschluss, wenn auf der Station jemand als Verdachtsfall getestet werden muss, so gut wie keine Informationen, und wenn, dann sicher nur in deutscher Sprache...

Die Liste an offensichtlicher Schikane unter dem Vorzeichen des Infektionsschutzes ließe sich ewig fortführen doch es lohnt sich, auch einen Blick auf den Widerstand gegen diese menschenverachtenden Maßnahmen zu werfen. Überall in Europa hat es Gefangenen gereicht, insbesondere die Beschränkung des Kontakts zu den Menschen draußen und die lebensgefährliche Ignoranz der Bediensteten hat immer wieder das Fass zum Überlaufen gebracht.

Auf nahezu allen Kontinenten kam und kommt es immer wieder zu Aufständen und Protestaktionen, bei denen es immer um eine Revolte gegen Zustände geht, in denen die Aufrechterhaltung von Macht und Kontrolle gegen alle Widerstände über die Gesundheit und Würde der Betroffenen gestellt wird.

In diesem Kampf gegen Entwürdigung und Entmenschlichung sollten sich diejenigen, die eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung im Sinn haben, wiedererkennen. Spätestens in den letzten 1 ½ Jahren wurde insbesondere in Hamburg die Erfahrung gemacht, dass es gelingen kann, die Isolation zu überwinden.

Aus diesen Erfahrungen sollten wir schöpfen, denn der Knast rückt derzeit für Menschen, die gegen diese Verhältnisse kämpfen, wieder näher – sei es in Stuttgart, in Leipzig oder anlässlich der Kämpfe um den Hambacher oder Dannenröder Forst.

Doch die Knäste gehen nicht nur deswegen uns alle an – insbesondere die Entwicklungen in der Corona-Pandemie zeigen, dass es für eine antiautoritäre, sozialrevolutionäre Perspektive eine solidarische, kämpferische Bezugnahme auf diejenigen braucht, die von diesen Verhältnissen besonders betroffen sind.

Vergessen wir also nicht die Eingesperrten – für eine Welt ohne Knäste!

**Freiheit für alle Gefangenen!**

**.) Haftbedingungen in Hamburg: Schwere Vorwürfe gegen Justizbehörde :**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Haftbedingungen-in-Hamburg-Schwere-Vorwuerfe-gegen-Justizbehoerde,santafu152.html> -

Hamburger Ex-Häftlinge und Anwälte erheben schwere Vorwürfe gegen die Hamburger Justizbehörde wegen der Zustände in Hamburger Haftanstalten. Kritisiert wird zum Beispiel die mangelnde psychologische Betreuung. Die Justizbehörde bestreitet die Vorwürfe. Das NDR Hamburg Journal hatte bereits im vergangenen September berichtet.

**.) Versammlungsverbote beim G20-Gipfel:** <https://taz.de/Versammlungsverbote-beim-G20-Gipfel/!5837701/> - Ein Schlauchboot ist ungefährlich,,Beim G20-Gipfel in Hamburg hat die Polizei eine Attac-Aktion in der Sperrzone verboten. Das war rechtswidrig, entschied jetzt das Verwaltungsgericht.

**.) Herzschräge - Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen :**

[https://links-lesen.buchkatalog.de/webapp/wcs/stores/servlet/Product/4099276460880878633/55741/10002/-3/Buecher\\_Wirtschaft-und-Recht/Herzschlaege/4099276460822241338/4099276460822241224/4099276460822241224](https://links-lesen.buchkatalog.de/webapp/wcs/stores/servlet/Product/4099276460880878633/55741/10002/-3/Buecher_Wirtschaft-und-Recht/Herzschlaege/4099276460822241338/4099276460822241224/4099276460822241224) -

Die Revolutionären Zellen (RZ) waren ein militanter Zusammenhang, der von Anfang der 1970er bis zum Beginn der 1990er Jahre aktiv war. Die RZ erfreuten sich in weiten Teilen der linksradikalen Szene großer Beliebtheit, da sie von wenigen Ausnahmen abgesehen, eng am Puls der sozialen Auseinandersetzungen agierten und versuchten, eine bewegungsnahe revolutionäre Politik umzusetzen. Ihre Mitglieder sahen sich nicht als sogenannte Berufsrevolutionäre, sondern waren größtenteils selbst in zumeist autonomen Zusammenhängen aktiv und beteiligten sich an den damaligen Kämpfen wie beispielsweise der Jugendzentrums- und Häuserbewegung, der Anti-Atomkraft- oder der Startbahnbewegung in Frankfurt am Main. Darüber hinaus setzen sie entscheidende Impulse in der damaligen Flüchtlingsbewegung. Das in diesem Buch aufgezeichnete Gespräch gibt nicht nur entscheidende Einblicke in den Gruppenzusammenhang der RZ, sondern ist als Teil einer kritischen Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte zu lesen. Es stellt unter anderem die Frage, welche Schlüsse aus den Erfahrungen der Gruppe für heutige Militante zu ziehen wären und welche Bedeutung sie für heutige und zukünftige Kämpfe haben könnten.

**.) Machtprobe bei den G20-Staaten:**

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8896> - nicht alle folgen den Guten.

**.) Weitere G20-Klatsche für die Polizei: Camp-Räumung war rechtswidrig :**

<https://www.mopo.de/hamburg/weitere-g20-klatsche-fuer-die-polizei-camp-raeumung-war-rechtswidrig/> -

Die Räumung des G20-Protestcamps auf der Elbinsel Entenwerder (Rothenburgsort) sorgte für die ersten Tumulte während des Gipfels im Juli 2017. Jetzt stellte das Verwaltungsgericht Hamburg fest, dass das damalige Vorgehen der Polizei rechtswidrig war (21 K 264/18). Es ist nicht das erste Urteil, das sich gegen die harte Polizeitaktik damals richtet.



Laut dem Urteil vom 4. Mai hätte die Polizei den Zugang zu der Elbinsel nicht absperren dürfen und auch den Aufbau von Schlafzelten, Duschen und Küchen nicht unterbinden dürfen.

Der Kläger hatte das Camp damals zunächst im Stadtpark aufbauen wollen und meldete es bei der Versammlungsbehörde an, die zur Polizei gehört. Das Vorhaben scheiterte daran, dass das Bezirksamt Nord keine Genehmigung erteilte, mit der Begründung, ein Camp sei keine Versammlung.

Der Organisator klagte weiter, mit Erfolg: Am 28. Juni 2017 verpflichtete das Bundesverfassungsgericht die Stadt, in dem Fall neu zu entscheiden (1 BvR 1387/17).

### **Verwaltungsgericht: Polizeimaßnahme waren rechtswidrig**

Der Kläger bot an, das Protestcamp mit bis zu 5000 Personen statt im Stadtpark auf der Elbinsel Entenwerder durchzuführen, mit mobilen Toiletten, Waschmöglichkeiten, Küchen und bis zu 1500 kleinen Schlafzelten. Es kam zu weiterem Hin und Her mit der Polizei, bis das Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren (Az. 75 G 3/17) klarstellte, dass es dem Kläger vorläufig erlaubt sei, das Protestcamp im Elbpark Entenwerder zu errichten, so wie er es angemeldet hat.

Am 2. Juli 2017 fand sich der Kläger gegen 12 Uhr auf der Elbinsel Entenwerder ein – die die Polizei bereits mit Fahrzeugen abgeriegelt hatte. Der Einsatzleiter der Polizei, Hartmut Dudde erklärte, dass das Camp nicht errichtet werden dürfe. Im Verlauf des Tages entschied die Polizei, den Elbpark Entenwerder auf einer begrenzten Fläche als Versammlungsort zuzulassen, allerdings ohne Zelte.

Als die Campteilnehmer trotzdem Zelt errichteten, griff die Polizei ein, setzte Pfefferspray ein, stellte Zelte sicher und nahm Personalien auf.

Nun hat das Verwaltungsgericht festgestellt, dass die Absperrung der Halbinsel rechtswidrig war. Auch stellte das angemeldete Protestcamp (jedenfalls in erheblichen Teilen) eine grundgesetzlich geschützte Versammlung dar, weshalb es rechtswidrig war, dass die Polizei den Aufbau von Schlafzelten, Duschen und Küchen verhindert hat.

Der Camp-Anmelder hatte auch gegen polizeiliche Maßnahmen gegen einzelne Protestler geklagt. Dieser Teil der Klage war aber ohne Erfolg, weil er nicht persönlich betroffen war.

Das könnte Sie auch interessieren:

[Löst erstmals eine Frau Hamburgs Polizeipräsidenten ab?](#)

Das Camp wurde nach der Räumung nicht mehr errichtet. Es ist nicht die erste G20-Gerichtsklatsche für die Polizei: Bereits im Februar 2022 hat das

[Verwaltungsgericht das Verbot von zwei Attac-Demos für rechtswidrig](#) erklärt.

Gegen die Entscheidung können die Beteiligten Berufung zum Hamburgischen Obergericht einlegen.

**.) Einsatzleiter beim G20-Gipfel: Die Ära Hartmut Dudde endet endlich,,Der Chef**

der Hamburger Schutzpolizei geht in den Ruhestand. Er verantwortete unter anderem den Gewaltexzess der Uniformierten beim G20-Gipfel :

<https://taz.de/Einsatzleiter-beim-G20-Gipfel/!5853632/> -

Hartmut Dudde, der Hardliner vom Dienst bei der Hamburger Polizei, geht in Pension und wird heute verabschiedet. Das ist nicht nur für ihn persönlich erfreulich, sondern dürfte die Bürger\*innen der Stadt aufatmen lassen.

Fast zwei Jahrzehnte lang prägte Dudde die harte Linie der Hamburger Polizei. Während die Polizist\*innen anderer Großstädte bei linken Demos mit Eskalationspotenzial auch mal deeskalierend vorgehen, war die Linie der vergangenen zwanzig Jahre in Hamburg so stumpf wie brutal: immer Wasserwerfer, immer ein Großaufgebot, und im Zweifel immer draufhauen. In vielen Fällen war das von Dudde angeleitete Handeln der Hundertschaften nicht nur schikanös, sondern auch gesetzeswidrig, wie das Verwaltungsgericht im Nachhinein mehrfach feststellte. Seiner Karriere hat das nicht geschadet.

Duddes Aufstieg bei der Polizei begann im Jahr 2002 mit einem Einsatz, den große Teile der Stadtöffentlichkeit dem Senat noch jahrelang übel nahmen – der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule. Dudde war damals Mitglied des Einsatzstabs. Der Innensenator hieß Ronald Schill und war als „Richter Gnadenlos“ bekannt, und noch nicht als Quoten-Lustmolch und Fremdscham-Provokateur bei „Promis unter Palmen“ und „Promi Big Brother“.

Politisch zwar auf einer Linie mit Schill, wählte Dudde einen anderen Weg als der Ex-Senator. 2005 stieg er zum Leiter der Bereitschaftspolizei auf. In den folgenden Jahren trug er maßgeblich dazu bei, eine Law-and-Order-Politik durchzusetzen, bei der die Polizei [als innenpolitische Akteurin auftrat, um gesellschaftliche Konflikte zu kontrollieren](#).

**.) Loïc kommt nach Hamburg,** Loïc hat angekündigt, dass er uns, seine Freund\*innen und Genoss\*innen in Hamburg, kurz vor seinem erneuten Haftantritt noch einmal besuchen will.

Dann wird es mit Loïc eine kämpferische und solidarische Veranstaltung geben.

Es soll auch der Anfang für unsere solidarische Unterstützung Loïcs während seiner erneuten Zeit im Knast werden.

Die Rote Hilfe Zeitung veröffentlichte in ihrer Ausgabe 1.2022 einen Brief von Loïc

**Auszug :**

Nochmal Knast? - Ein Brief von Loic

Zwei Jahre nach seiner Entlassung muss Loïc, der unter anderem wegen der

Elbchaussee-Randale zu G20 verurteilt wurde, erneut für 20 Monate in den Knast.

Während die Hamburger Justiz ihn in Billwerder inhaftieren möchte, schreibt er von seiner Arbeitsstelle in Frankreich und dankt für die solidarische Begleitung.

„Am 13. Dezember 2021 fand das Revisionsverfahren zur Elbchaussee seinen Abschluss. Die Revision der Staatsanwaltschaft, welche in meinem Verfahren vier Jahre und neun Monaten forderte, wurde abgelehnt. Das Gleiche passierte mit den Revisionsbestrebungen meiner AnwältInnen. (...)

Ich soll noch immer 20 Monate verbleibende Haft aus der Gesamtstrafe von drei Jahren verbüßen. Mittlerweile wohne ich nicht mehr in Deutschland und habe nicht vor nach Hamburg zurück- zufahren – außer wenn die Riesen dieser Welt entscheiden sollten dort erneut einen G20Gipfel auszurichten (...) Bisher erwarte ich nun Post im Lothringer Hinterland. Meine AnwältInnen haben beantragt, dass ich meine Strafe in Frankreich verbüßen kann.

Nach einem Jahr und vier Monaten Haft in Hamburg, in deren Zuge ich über meine Handlungen nachdenken sollte, weiß ich nicht, ob ich erneut viel Zeit zum Meditieren finden werde. Die Auflehnung bleibt legitim und dies ändert sich unter dem Druck der Repression nicht. Seit dem Sommer bin ich in einem faszinierenden GärtnerInnen-Kollektiv in der Nähe von Bure angestellt.

In diesem Frühjahr 2022 weiß ich noch nicht, ob ich Gemüse werde anbauen können oder ob ich neue offensive Texte gegen die G20 und ihre Welt werde produzieren müssen. Zudem könnt meine erneute Inhaftierung Früchte grenzüberschreitender Solidarisierungen reifen lassen. (...)

Ich möchte allen danken, die mich politisch, sozial und ökonomisch unterstützt haben. Besonderer Dank gilt der Roten Hilfe e.V. und dem Ermittlungsausschuss Hamburg und all denen, die Risiken eingehen, um sich solidarisch der Repression entgegenzustellen.“ Loïc, Januar 2022, Bure

Noch haben Loïc und seine Anwält\*innen immer noch nicht erfahren, ab wann Loïc wieder ins Gefängnis muss und ob es in Hamburg-Billwerder oder in Frankreich sein wird. Wir werden euch dann sofort Ort und Tag unserer Solidaritätsveranstaltung mitteilen. **@solidarisch\_kaempfen und weitere Genoss\*innen**

### **.) G20 Protest - im Nachhinein doch nicht sooo schlecht :**

Ein Filmtipp zum 'relaxen': Unmittelbar nach dem Sommer 2017 herrschte Katerstimmung in der Stadt. Mit einigen Jahren Abstand zeigt sich der Protest gegen G20 doch recht Eindrucksvoll.

Einfach mal entspannt und Revue passieren lassen...

"stimmen aus dem off - nachbetrachtungen zum G-20"

<https://www.youtube.com/watch?v=21W3TjGDwpQ>

Dank an die Dokumentation

### **.) Parkbank-Prozess : <https://de.indymedia.org/node/195740> -**

Einmal schneller sein als die Presse: Die Revision im sog. Parkbankverfahren gegen

drei Anarchist:innen aus Hamburg ist jetzt abgeschlossen.

Der BGH bestätigt das Urteil gegen die zwei Mitstreiter die bis zur Urteilsverkündung in U-Haft saßen. Somit wird es wohl in den nächsten Monaten zum Haftantritt zur Verbüßung der Reststrafe kommen. Im Urteil gegen die Mitstreiterin wird es eine weitere Verhandlung um die Frage der bisher verwehrtten Bewährung geben. Der Termin steht noch nicht fest.

Weitere Infos werden folgen, sobald wir uns sortiert haben bzw. mehr wissen.  
Freiheit und Glück!

### **.) V-Mann-ein-linker-Spitzel-packt-aus :**

[https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama\\_die\\_reporter/Der-V-Mann-ein-linker-Spitzel-packt-aus\\_sendung1264174.html](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/Der-V-Mann-ein-linker-Spitzel-packt-aus_sendung1264174.html) - Ein ehemaliger linker V-Mann will reinen Tisch machen. Eigentlich passiert so etwas nicht. Es brauchte viele Vorgespräche und mehrere Anläufe, bis Jan P. sich vor die Kamera setzte. Zehn Jahre lang hat er in den 1990er-Jahren die linksautonome Szene in Wuppertal und Solingen bespitzelt und seine Freundinnen und Freunde an den Verfassungsschutz verraten. Anschließend hat er 20 Jahre lang über sein Doppelleben geschwiegen.

### **.) Mittwoch 22. Juni 2022 – G 20 Prozess:**

Dem in Spanien lebenden angeklagten Aktivisten wird "besonders schwerer Fall von Landfriedensbruch" vorgeworfen. Bei einer Verurteilung droht eine Gefängnisstrafe. Der Betroffene befand sich in einer Gruppe, deren Personalien am Samstag des G20-Gipfels innerhalb der so genannten "Roten Zone" von der Polizei kontrolliert wurden. **Kundgebung vor Gericht ab 9:00 Uhr.**

### **.) Wegen Polizeigewalt: G20 erregt weiter die Gemüter in Hamburg:**

Der vor fünf Jahren von massiven Ausschreitungen begleitete G20-Gipfel in Hamburg erregt weiter die Gemüter. Vorwürfe der Linken, gegen mutmaßlich straffällig gewordene Polizisten werde milder vorgegangen als gegen Aktivisten, führt im Parlament zu einer hitzigen Debatte.

„Der Rechtsstaat hat sehr klar und erfolgreich reagiert, das war wichtig und hat auch Wirkung gezeigt.“, sagte Innensenator Andy Grote (SPD) am Mittwoch. Dass bislang keine Anklage gegen Polizisten erhoben worden sei, könne man zwar bewerten. Aber „man kann nicht das rechtsstaatliche Verfahren diskreditieren, weil einem das Ergebnis politisch nicht passt“.

G20-Gipfel Hamburg: Hitzige Debatte in der Bürgerschaft

Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Deniz Celik, hatte zuvor eine juristisch ungleiche Behandlung von Aktivisten und Polizisten beklagt. Offensichtlich hätten Polizei und Justiz die Aussage des damaligen Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD), dass es keine Polizeigewalt gegeben habe, als

Auftrag verstanden.

DIESES VIDEO KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN:

Wegen Inflation: Scholz schlägt Einmalzahlung durch Arbeitgeber vor

**Das könnte Sie auch interessieren:** [Keine Revision: Linksextremisten scheitern in Prozess um G20-Brandstiftung](#)

So seien von 169 Ermittlungsverfahren gegen Polizistinnen und Polizisten – darunter 133 wegen Körperverletzung im Amt – bereits 147 Verfahren eingestellt worden.

„Bisher hat es keine einzige Anklage gegeben, keine einzige“, sagte Celik und schloss daraus ein strukturelles Defizit bei der Verfolgung von Polizeigewalt.

Linke bemängelt fehlende Konsequenz bei Polizeigewalt

Es gehe aber auch um rechtswidrige Polizeieinsätze, die ohne Konsequenz blieben, sagte Celik. So habe das Verwaltungsgericht Hamburg zuletzt – noch nicht

rechtskräftig – festgestellt, dass die Verhinderung eines [Protestcamps in Entenwerder rechtswidrig gewesen sei](#). Gleiches gelte für eine Ingewahrsamnahme von Mitgliedern der sozialistischen Jugendgruppe Die Falken und die Einrichtung einer 38 Quadratkilometer großen Verbotzone für Demonstrationen während des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli 2017.

**Das könnte Sie auch interessieren:** [Krawall-Risiko bei G7-Gipfel: Damit rechnet Bayerns Innenminister](#)

Innensenator Grote wies die Vorwürfe zurück. Der Gipfel sei intensiv – auch in einem Sonderausschuss – aufgearbeitet worden. Es habe zahlreiche Konsequenzen gegeben, etwa die Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei Großereignissen. Grote betonte, Polizei und Justiz hätten genau das getan, was die Bevölkerung erwartet habe, nämlich die Verfolgung von Straftaten, bei denen unter anderem 600 Polizisten verletzt worden seien.

G20-Gipfel Hamburg: 600 Polizisten wurden verletzt

„Dazu wurden in der Folge über 950 Verfahren gegen 1300 identifizierte Beschuldigte geführt.“ Bis jetzt seien mehr als 240 Schuldsprüche erfolgt, etwa wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung oder räuberischer Erpressung, sagte Grote.

Der CDU-Innenexperte Dennis Gladiator warf den Linken vor, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Organisierte Linksterroristen seien nicht Opfer, sondern Täter. Es gebe keine systematische Polizeigewalt und auch keinen Grund für Misstrauen gegenüber der Polizei. Innensenator Grote warf er jedoch vor, während des G20-Gipfels politisch komplett versagt zu haben und eigentlich hätte zurücktreten müssen. Ähnlich äußerte sich AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann.

**.) Polizeigewalt bleibt ungesühnt :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/429530.staatsgewalt-polizeigewalt-bleibt-unges>

[%C3%BChnt.html](#) - Hamburg: Bürgerschaft debattiert auf Antrag der Linksfraktion über Rechtsbrüche bei G20-Gipfel vor fünf Jahren. Bereits die erste Demonstration zum G20-Gipfel in Hamburg wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst, Knapp fünf Jahre nach dem von Gewaltexzessen der Polizei überschatteten G20-Gipfel in Hamburg hat die Bürgerschaft der Hansestadt am Mittwoch erneut die Folgen des politischen Spitzentreffens vom Juli 2017 erörtert. In einer hitzigen Debatte sah sich »Verbote-Grote«, wie Innensenator Andy Grote (SPD) von Gipfelgegner getauft wurde, erneut mit der Kritik der Fraktion Die Linke konfrontiert, die die Aussprache beantragt hatte.

Gegen linke Aktivisten sei mit großer Härte vorgegangen worden, dagegen seien Rechtsbrüche der Polizei bislang ohne jede Konsequenz geblieben, beklagte Deniz Celik, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion. »Bisher hat es keine einzige Anklage gegeben, keine einzige«, sagte Celik und schloss daraus auf ein strukturelles Defizit bei der Verfolgung von Polizeigewalt. Er verwies auf eine Große Anfrage seiner Fraktion. Diese zeige, dass es bis heute nicht eine einzige Anklage wegen rechtswidriger Polizeigewalt während des Gipfels gegeben habe. Von insgesamt 169 Strafverfahren – davon 133 Verfahren wegen Körperverletzung im Amt – wurden laut der Antwort des Senats mittlerweile 147 Verfahren eingestellt. In 72 Fällen wurden die Verfahren eingestellt, ohne dass die beschuldigten Beamten überhaupt ermittelt werden konnten.

Grote sah das naturgemäß anders: »Der Rechtsstaat hat sehr klar und erfolgreich reagiert, das war wichtig und hat auch Wirkung gezeigt«, erklärte er in der Sitzung. Dass bislang keine Anklage gegen Polizisten erhoben worden sei, könne man zwar bewerten. Aber man könne »nicht das rechtsstaatliche Verfahren diskreditieren, weil einem das Ergebnis politisch nicht passt«. Celik konterte: Es habe ganz eindeutig eine juristisch ungleiche Behandlung von Aktivisten und Polizisten gegeben. Offensichtlich hätten Polizei und Justiz die Aussage des damaligen Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD), dass es keine Polizeigewalt gegeben habe, als Auftrag verstanden.

Es gehe aber auch um rechtswidrige Polizeieinsätze, die ohne Konsequenz blieben, kritisierte Celik. So hatte das Verwaltungsgericht zuletzt – noch nicht rechtskräftig – festgestellt, dass die Verhinderung eines Protestcamps in Entenwerder rechtswidrig gewesen sei. Gleiches gelte für eine Ingewahrsamnahme von Mitgliedern der sozialistischen Jugendorganisation »Die Falken«, die die Polizei irrtümlich für »italienische Autonome« gehalten und bei der Anreise auf der Autobahn in ihrem Bus gestoppt hatte, sowie für die Einrichtung einer 38 Quadratkilometer großen Verbotzone für Demonstrationen während des Gipfels.

Der CDU-Innenexperte Dennis Gladiator warf den Linken vor, Ursache und Wirkung zu vertauschen. »Organisierte Linksterroristen« seien nicht Opfer, sondern Täter. Es gebe keine systematische Polizeigewalt und auch keinen Grund für Misstrauen

gegenüber der Polizei. Dem Senator Grote warf der Christdemokrat vor, während des Gipfels politisch komplett versagt zu haben, so dass er im Grunde hätte zurücktreten müssen. Fast wortgleich äußerte sich AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Während des Gipfels seien rechtsstaatliche Grundsätze gravierend und bewusst verletzt und die demokratische Kontrolle der staatlichen Gewalt ist an ihre Grenzen gestoßen, erklärte Celik am Rande der Sitzung gegenüber *jW*. »Rechtsstaatlich bedenkliches Fehlverhalten bleibt ohne jede Konsequenz und der Senat weigert sich, die politische Verantwortung dafür zu übernehmen«, so der Linke-Politiker.

### **.) Vor fünf Jahren: G20-Gipfel in Hamburg:**

Juni 2017: Hamburg im Ausnahmezustand - inmitten der Innenstadt wird der G20-Gipfel veranstaltet. Für Hamburgerinnen und Hamburger werden diese Tage zu einem denkwürdigen Ereignis.

von Elke Spanner und Annika Stenzel

## Eine Chronologie der Ereignisse.

### **Februar 2016:**

Gut eineinhalb Jahre vor dem G20-Gipfel gibt die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim Matthiae-Mahl in Hamburg bekannt, dass der G20-Gipfel 2017 in Hamburg stattfinden soll. Für die Ortswahl gibt es Gründe: Als geborene Hamburgerin begründet Merkel ihren Wunsch mit der Weltoffenheit, für die die Hansestadt stehe. Dank des Hafens verfüge Hamburg seit Jahrhunderten über Handelsbeziehungen in alle Welt. Außerdem würden dort auch alle logistischen und sicherheitstechnischen Anforderungen für ein solches Gipfeltreffen erfüllt.

### **Juni 2016:**

Die Bundesregierung erklärt, dass der G20-Gipfel im Messe- und Kongresszentrum der Hansestadt stattfinden soll. Anwohnende, Politikerinnen und Politiker und die Polizei kritisieren diese Entscheidung: Sie sorgen sich um die Sicherheit, die in der dichtbesiedelten Innenstadt schwer zu gewährleisten sei.

### **Mitte Juni 2017:**

Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) und Polizeieinsatzleiter Hartmut Dudde stellen ihr Sicherheitskonzept vor. Es gibt Versammlungsverbote rund um die Orte, in denen sich die Staatschefinnen und -chefs aufhalten werden. Der Flugverkehr soll während des Gipfels eingeschränkt, U-Bahnstationen und Straßen gesperrt werden. Man rechnet mit 100.000 Gipfel-Gegnerinnen und Gegnern, davon bis zu 8.000 gewaltbereit. Mehr als 15.000 Polizistinnen und Polizisten sollen vor Ort sein. Der damalige Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) sagt in einem dpa-Gespräch:

"Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus. Es wird Leute geben, die sich am 9. Juli wundern werden, dass der Gipfel schon vorbei ist."

Die Bundespolizei kontrolliert an allen deutschen Grenzen, um die Einreise von gewaltbereiten G20-Störenden aus dem Ausland zu verhindern. In Harburg wird die "GESA", die Gefahrensammelstelle, eingerichtet. Das 35.000 Quadratmeter große Areal ist mit Nato-Draht gesichert und bietet Platz für 400 Insassinnen und Insassen. Dort sollen festgenommene Demonstrierende registriert und zeitweise eingesperrt werden. G20-Gegnerinnen und -Gegner mobilisieren - auch im Internet. Die Diskussionen um die Verbote der Protestcamps für die angereisten Gegnerinnen und Gegner beschäftigen die Gerichte. Die Polizei probt derweil Konvois und sperrt dazu Straßen in der Innenstadt.

Etwa 220 Berliner Polizistinnen und Polizisten, die in Hamburg bei der Sicherung des G20-Gipfels helfen sollten, werden wegen "unangemessenem Verhaltens" nach Hause geschickt. Die jungen Beamtinnen und Beamten sollen in ihrer Unterkunft in Bad Segeberg exzessiv gefeiert und sich daneben benommen haben.

### **VIDEO: Berliner G20-Polizisten wieder heimgeschickt (2 Min)**

### **Ende Juni bis Anfang Juli 2017 - kurz vor Beginn des Gipfels:**

Die Hamburgerinnen und Hamburger bekommen die Auswirkungen des nahenden Gipfels deutlich zu spüren: Der Einzelhandel verbarrikadiert seine Geschäfte, es finden zahlreiche Verkehrskontrollen statt, erste Straßen sind gesperrt. Es gibt Einschränkungen im Öffentlichen Nahverkehr und bei der Deutschen Bahn. Es finden erste Protest-Aktionen mit mehreren Tausend Menschen statt, sowohl auf der Straße als auch zu Wasser. Zum Gipfel werden 36 Delegationen erwartet. Mit Gästen wie US-Präsident Donald Trump oder dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan reist jeweils ein Stab an Sicherheitskräften, Technikerinnen und Technikern und Beratern mit nach Hamburg. Allein Trump sollen Hunderte Delegierte und Sicherheitskräfte begleiten. Die meisten Gipfel-Teilnehmenden und ihre Begleitenden werden in Hamburg übernachten. Rund 9.000 Hotelzimmer sind laut Auswärtigem Amt für die Teilnehmenden des G20-Gipfels in der Stadt reserviert.

### **VIDEO: G20: Gipfel in Zahlen (1 Min)**

#### **Dienstag, 4. Juli:**

Drei Tage vor dem Gipfeltreffen kommt es abends zu ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Gipfelgegnerinnen und -gegnern und der Polizei im Schanzenviertel. Am Pferdemarkt setzt die Polizei Wasserwerfer ein, als sie eine von etwa 3.000 Demonstrierenden besetzte Kreuzung räumt.

#### **Mittwoch, 5. Juli:**

Die Hamburger Polizei sperrt die Messehallen ab. Die Sicherheitszone erstreckt sich bis ins angrenzende Karolinenviertel. Nach Angaben der Polizei gibt es 14 Kontrollstellen. Insgesamt werden in der ganzen Stadt 7,8 Kilometer Absperrgitter errichtet, um den G20-Gipfel zu schützen. Große Übernachtungscamps sind in Hamburg verboten. Die Frage der Camps beschäftigt auch die folgenden Tage immer wieder die Gerichte. G20-Demonstrierende erhalten die Erlaubnis, im Altonaer Volkspark zu übernachten. 900 Menschen dürfen in maximal 300 Zelten untergebracht werden, bestätigten die Anmeldenden und die Polizei vor Ort. In Entenwerder wird trotz der Erlaubnis für 300 Schlafzelte, die das Oberverwaltungsgericht erteilt hat, kein Protestcamp mehr aufgebaut. Die Demonstrierenden nutzen eine Fläche um das Gelände der Kirche St. Trinitatis in Altona. Einige Zelte stehen im Kirchgarten der St. Pauli Kirche. Auch im Schauspielhaus dürfen einige Demonstrierende übernachten. Im Stadtpark in Winterhude war ein geplantes Camp zuvor bereits abgelehnt worden. Zur Begründung hieß es, eine große Zeltstadt auf der Festwiese sei mit der Grün- und Erholungsverordnung nicht vereinbar.

Auf Kampnagel veranstalten mehr als 70 Organisationen einen Alternativgipfel. Die Organisatorinnen und Organisatoren teilen mit:

"Die G20 verteidigt ein System, das die soziale Ungleichheit auf die Spitze treibt."

Die Kunst-Aktion "1.000 Gestalten" soll ein Zeichen für mehr Solidarität und politische Partizipation senden. Die Lehmzombies "stehen für eine Gesellschaft, die sich ihrer Hilflosigkeit vor den komplexen Zusammenhängen der Welt ergeben hat und in der der Einzelne nur noch für das eigene Vorankommen kämpft", so die Organisatoren. Die Lehmfiguren laufen schweigend durch die Stadt, später werfen sie ihre graue Kleidung ab, darunter kommen bunte Outfits zum Vorschein.

### **VIDEO: G20-Gipfel: "1.000 Gestalten" in Hamburg (1 Min)**

Rave gegen G20: Tausende Menschen sind bei der Demo "Lieber tanz ich als G20" dabei. Laut Polizeiangaben marschieren und tanzen etwa 7.000 Menschen mit, die Veranstaltenden sprechen von rund 20.000 Teilnehmenden.



## **Donnerstag, 6. Juli:**

Ein Sonderzug mit G20-Gegnerinnen und Gegnern kommt am Morgen in Hamburg an. In der Schweiz gestartet, fahren ungefähr 1.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Deutschland mit. Auf der Kennedybrücke meditieren mehrheitlich gelb gekleidete Yogis.

Die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gipfeltreffens landen auf dem Hamburger Flughafen. Darunter ist auch US-Präsident Donald Trump. Kanzlerin Angela Merkel trifft Trump abends im Atlantic Hotel zu einem Vorgespräch.

Abends findet das "Global Citizen"-Konzert mit Coldplay, Shakira, Pharrell Williams und vielen weiteren Stars in der damaligen Barclaycard-Arena statt. Tickets gibt es für Menschen, die sich engagieren.

### **VIDEO: Megastars geben Gratis-Konzert vor G20-Gipfel (1 Min)**

Die "Welcome to Hell"-Demonstration markiert den Beginn der chaotischen Zustände in Hamburg. Bereits nach wenigen Metern wird der Demonstrationzug von der Polizei gestoppt. Nach Polizeiangaben hatten sich etwa 1.000 Vermummte unter die Demonstrierenden gemischt, Vermummung ist in Hamburg verboten. Mehrere NDR Reporterinnen und Reporter vor Ort berichten übereinstimmend, dass von den Demonstrierenden zunächst keine Gewalt ausgegangen sei. Allerdings legten tatsächlich viele Mitglieder des "schwarzen Blocks" ihre Vermummung nicht ab. Die von der Polizei geforderte Trennung der Demonstrierenden vom "schwarzen Block" gestaltet sich schwierig. Demonstrantinnen und Demonstranten werden eingekesselt. Die Polizei stürmt in den Demonstrationzug, setzt Wasserwerfer und Pfefferspray ein und treibt die etwa 12.000 Teilnehmenden auseinander. Es fliegen Flaschen, Feuerwerkskörper werden gezündet, später brennen umgestürzte Mülltonnen und Autos.

### **VIDEO: "Welcome to Hell"-Demo: Wasserwerfer-Einsatz (1 Min)**

Auf der Reeperbahn bildet sich ein neuer großer Demonstrationzug mit etwa 8.000 Demonstrierenden. Die Polizei meldet mindestens 111 verletzte Beamtinnen und Beamte. In Altona und St. Pauli gibt es Angriffe auf Einsatzkräfte sowie Sachbeschädigungen, teilt ein Polizeisprecher mit. Im Altonaer Ikea-Kaufhaus und in einer Sparkasse gehen Schaufensterscheiben zu Bruch. Eine Rauchsäule steht über der Bernstorffstraße in Altona. Dort brennen mehrere Autos. Laut Polizei errichten Aktivistinnen und Aktivisten in St. Pauli und Altona brennende Barrikaden auf den Straßen. In Eimsbüttel werden mindestens zehn Geschäfte beschädigt.

### **VIDEO: Ausschreitungen nach "Welcome to Hell"-Demo (1 Min)**

## **Freitag, 7. Juli:**

Das G20-Gipfeltreffen beginnt offiziell. Geplante Themen sind der Welthandel, die Klimapolitik, Terrorismus und Afrika.

Mehreren deutschen Journalistinnen und Journalisten werden die Akkreditierungen für das Pressezentrum auf dem Gelände an der Hamburger Messe entzogen. Neun verlieren ihre Zulassung vor Ort. Die übrigen 23 erfahren erst nach und nach, dass sie auf der Liste derer gestanden haben, denen der Zugang wegen Sicherheitsbedenken nicht gestattet wird. Dieses Vorgehen erntet viel Kritik.

Etwa 220 schwarz Vermummte ziehen am Morgen zwei Kilometer durch Altona und zünden Autos und Gebäude an der Elbchaussee an. Sie schlagen zahlreiche Scheiben ein, beschmieren Häuser mit Farbe. Ein Linienbus wird an der Weiterfahrt gehindert. Rauchwolken steigen über dem Stadtteil auf. Auch in der Max-Brauer-Allee und in Blankenese brennen Fahrzeuge. Polizeifahrzeuge werden attackiert. Derweil sind erste Fahrzeugkolonnen mit den Teilnehmenden des G20-Gipfels unterwegs zu den Messehallen.

### **VIDEO: G20-Gipfel: Autos in Altona angezündet (2 Min)**

Mit einer Hafensrundfahrt beginnt das Programm für die Partnerinnen und Partner der Staats- und Regierungschefs. Gastgeber Joachim Sauer, Ehemann der damaligen Bundeskanzlerin Merkel, hat

sie eingeladen, die Sehenswürdigkeiten der Hansestadt zu besichtigen, darunter die Landungsbrücken, den Michel und die Elbphilharmonie. Am Abend steht ein Konzert auf dem Programm: Das Philharmonische Staatsorchester Hamburg unter Leitung von Kent Nagano spielt Beethovens 9. Sinfonie. Anschließend gibt es ein Abendessen im Kleinen Saal der Elbphilharmonie.

Greenpeace-Aktivisten hängen Banner von der Köhlbrandbrücke. Die Umweltschützer fordern: "G20: End Coal". Das Bündnis "Block G20" ruft zu Sitzblockaden auf. Demonstrierende versuchen, den Weg zu den Messehallen zu blockieren. Dazu wollen sie sich in fünf Gruppen, sogenannten "Fingern", die jeweils in einer Farbe gekleidet sind, dem Messegelände von verschiedenen Richtungen nähern und durch Sitzblockaden die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs aufhalten. Zum Teil gelingen die Blockaden, einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichen zudem die sogenannte rote Zone, was dazu führt, dass sich Gipfelteilnehmende verspäten. Die Polizei räumt diese Blockaden zum Teil mit Wasserwerfern. In Bahrenfeld am Rondenbarg gibt es ein Aufeinandertreffen einer dieser Gruppen mit der Polizei. Dabei werden nach Angaben der Feuerwehr elf Demonstrierende schwer verletzt. Sie seien am Morgen "in Folge einer Konfrontation mit Einsatzkräften" über eine mit einem Absperrgitter versehene Mauer geklettert und dabei abgestürzt, heißt es bei der Feuerwehr.

#### **VIDEO: Fünf-Finger-Taktik: Blockaden gegen G20 (3 Min)**

Mit Schlauchbooten versuchen derweil einige Demonstrierende, sich der Elbphilharmonie von der Wasserseite zu nähern. Etwa 15 Boote nähern sich der Sperrung auf der Elbe mit hoher Geschwindigkeit. Mehrere Aktivistinnen und Aktivisten springen rund 200 Meter vor der Elbphilharmonie über die Sperrlinie ins Wasser, dort werden sie von der Wasserpolizei umringt und herausgefischt.

Bei weiteren Blockadeaktionen kommt es zu Auseinandersetzungen. Am Nachmittag schneidet die Polizei einer Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmenden den Weg von den Landungsbrücken zur wenige Hundert Meter entfernten Elbphilharmonie ab. Wasserwerfer fahren auf. Rund 200 Vermummte sind unter den Demonstrierenden, die offenbar näher an das Konzerthaus herankommen wollen. Auf St. Pauli eskaliert der Protestzug: Die Polizei meldet einen "massiven Bewurf mit Gegenständen". Reporterinnen und Reporter vor Ort beschreiben die Situation mit Worten wie "Straßenschlacht" und "Jagdszenen".

#### **VIDEO: G20-Konzertabend drinnen, Proteste draußen (2 Min)**

Im Laufe des Tages sind aber auch mehrere Demonstrationen und Protestveranstaltungen mit vielen hundert Teilnehmenden friedlich zu Ende gegangen. Darunter die des Bündnisses "Jugend gegen G20".

Im Schanzenviertel erreichen die Auseinandersetzungen am Abend einen dramatischen Höhepunkt. Während die "Revolutionäre-Anti-G20-Demo" auf der Reeperbahn beendet ist, hat sich die Lage am Schulterblatt noch nicht beruhigt. Das Schanzenviertel um die Rote Flora herum ist nach Einschätzung von Andreas Blechschmidt, einem der Sprecher der Anmelder der Demo "Welcome to Hell", am Abend eine "komplett polizeifreie Zone". Es brennen mehrere Feuer, teilweise meterhoch, mehrere Hundert Schaulustige stehen daneben. Barrikaden werden errichtet und angezündet, viele Scheiben sind eingeworfen worden und eine Budni-Drogerie und ein Rewe-Lebensmittelmarkt werden geplündert. In der Haspa-Filiale brennt es. Stundenlang lässt die Polizei die Krawallmachenden gewähren - ehe sie mit mehreren Hundertschaften vorrückt. Wasserwerfer löschen die Feuer, Räumfahrzeuge beseitigten die Barrikaden. Schwer bewaffnete Spezialkräfte dringen in ein Haus am Schulterblatt ein und nehmen dort 13 Personen fest. Später meldet die Polizei brennende Barrikaden und Autos in mehreren Stadtteilen.

#### **VIDEO: Plünderungen im Schanzenviertel (1 Min)**

#### **Sonnabend, 8. Juli:**

Die größte Anti-G20-Demo unter dem Motto "Grenzenlose Solidarität statt G20" zieht am letzten Gipfeltag durch die Stadt. Nach Polizeiangaben beteiligen sich insgesamt etwa 50.000 Menschen, die Veranstaltenden sprechen von 76.000 Demonstrierenden. Der Protestzug, der auch von autonomen und linken Gruppen unterstützt wird, verläuft friedlich. Auch die zweite große Demo verläuft entspannt. Zu "Hamburg zeigt Haltung" hatte ein breites bürgerliches Bündnis aufgerufen, es sind laut Polizei rund 6.000 Teilnehmende dabei. Die Veranstaltenden sprechen von etwa 10.000

Demonstrantinnen und Demonstranten.

Am Abend bereiten sich gewaltbereite Demonstrierende offenbar auf neue Zusammenstöße mit der Polizei vor. In Seitenstraßen der Reeperbahn und in der nahen Hafensstraße werden Barrikaden aus Bauzäunen und Mülltonnen errichtet. Die Polizei versprüht Tränengas. Auch im Schanzenviertel gibt es neue Auseinandersetzungen. Laut Polizei sind an der Roten Flora Vermummte aufgezo-gen und haben Beamtinnen und Beamte mit Gegenständen beworfen. Im Schanzenviertel gibt ein Polizeibeamter einen Warnschuss ab, weil er "massiv von Gewalttätern angegriffen" worden sein soll. Er soll sich in einem Geschäft in Sicherheit gebracht haben. Einsatzkräfte sollen zunächst einen Straßenraub beobachtet haben und seien beim Einschreiten von den Tätern angegriffen worden.

Die Ergebnisse des G20-Gipfels geraten wegen der Auseinandersetzungen in den Hintergrund.

Der Anwalt und Sprecher des linksautonomen Kulturzentrums im Schanzenviertel, Andreas Beuth, gerät unmittelbar nach den schweren Ausschreitungen ins Visier der Staatsanwaltschaft. In der ARD sagt er:

"Wir als Autonome und ich als Sprecher der Autonomen haben gewisse Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen. Also warum nicht irgendwie in Pöseldorf oder Blankenese?"

#### **VIDEO: Beuth: "Bitte doch nicht im eigenen Viertel" (1 Min)**

#### **Sonntag, 9. Juli:**

Mehr als 10.000 Menschen machen bei der Aktion "Hamburg räumt auf" mit und säubern das Schanzenviertel. Die Kolonne fegt die Straßen und räumt Müll zusammen.

#### **VIDEO: Saubere Sache: "Hamburg räumt auf" (1 Min)**

#### **Mittwoch, 12. Juli:**

Bürgermeister Olaf Scholz entschuldigt sich in seiner Regierungserklärung in der Bürgerschaft:

#### **VIDEO: G20-Krawalle: Scholz entschuldigt sich (9 Min)**

"Dafür, dass das geschehen ist, bitte ich die Hamburgerinnen und Hamburger um Entschuldigung."

#### **Freitag, 14. Juli:**

Olaf Scholz macht eine Erklärung, für die er großen Widerspruch aus der Opposition erntet:

"Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise."

Das Fazit der Hamburger Feuerwehr: Sie ist rund um G20-Gipfel zu 478 Einsätzen ausgerückt. 161 Mal waren es größere oder kleinere Feuer, 305 Mal wurden Rettungsdienste benötigt.

#### **Mittwoch, 19. Juli:**

Der Innenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft tagt zu den Folgen des G20-Gipfels. Der Einsatzleiter der Polizei, Hartmut Dudde, sagt, dass mit insgesamt 23.169 Beamtinnen und Beamten deutlich mehr Polizistinnen und Polizisten während des Gipfels im Einsatz waren als zunächst geplant. 6.446 Beamtinnen und Beamten seien aus Hamburg gewesen, 16.723 stammten von auswärts. Geplant hatte der Vorbereitungsstab mit zunächst etwa 20.000 Polizistinnen und Polizisten. Er habe sich aber am Morgen des 7. Juli dazu entschieden, weitere Einsatzkräfte aus der sogenannten Bundesreserve abzurufen. Die Zahl der vom 22. Juni bis zum Einsatzen am 10. Juli "durch Fremdeinwirkung vorsätzlich verletzten Beamten" bezifferte Dudde auf 592. Im Krankenhaus sei inzwischen niemand mehr von ihnen. Diese Zahlen werden später nach unten korrigiert.

Die Hamburger Polizei setzt eine "Soko Schwarzer Block" ein, die Tausende Videos und Fotos auswerten soll. Bis zu 110 Beamtinnen und Beamte stellt die Hamburger Polizei für die Aufklärung der Straftaten ab. Unterstützung kommt vom BKA, bis zu 60 Beamtinnen und Beamten sollen unterstützen. Auf einem von der Polizei eingerichteten Hinweisportal gehen mehrere tausend Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern ein, darunter mehr als 2.000 Bild-Dateien. Die Polizei selbst hat etwa 100 Stunden Beweisvideos gedreht.

### **VIDEO: Streit um G20-Fahndung (3 Min)**

#### **G20-Prozesse**

Vor Gericht hat der G20-Gipfel bis heute ein Nachspiel. Immer noch wird Gipfel-Gegnerinnen und -Gegnern der Prozess gemacht. Die Staatsanwaltschaft hat insgesamt gegen 1.286 Männer und Frauen ermittelt, deren Identität sie herausfinden konnte. Hunderte Prozesse vor Hamburger Amtsgerichten und Landgerichtskammern gab es bereits. Die Vorwürfe zumeist: Landfriedensbruch, tätlicher Angriff auf Polizistinnen und Polizisten, Körperverletzung.

#### **Flaschen auf Polizisten geworfen**

Am 28.8.2017 ist der Niederländer Peike S. der erste G20-Gegner, der sich vor dem Amtsgericht verantworten muss. Er soll am Vorabend des G20-Gipfels nach der Auflösung einer Demonstration zwei leere Flaschen auf Polizisten geworfen haben. Der 21-Jährige schweigt zu den Vorwürfen. Das Urteil wird deutschlandweit für Aufsehen sorgen: Der Amtsrichter verurteilt Peike S. zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis. Die harte Strafe begründet er damit, dass Polizistinnen und Polizisten nicht "zum Freiwild der Spaßgesellschaft" von "Krawalltouristen" und "erlebnisorientierten Gewalttätern" werden dürften.

#### **Neue Strategie**

Das Urteil spricht sich herum und die meisten Angeklagten setzen auf eine andere Strategie: Sie gestehen, distanzieren sich von ihrer Tat und kommen mit moderateren Strafen davon. So zum Beispiel am 14.9.2017 der Schweizer Rafael G., 29 Jahre alt. Die Vorwürfe gegen ihn sind ganz ähnlich wie die gegen Peike S. Auch er soll zwei Flaschen auf Polizistinnen und Polizisten geworfen haben. Rafael G., geständig und reuig, bekommt eine Bewährungsstrafe von einem Jahr. Solche Prozesse und Strafen gibt es in den folgenden Jahren noch hunderte. Auch das Urteil gegen Peike S. wird im Berufungsverfahren abgemildert, auch er bekommt im Januar 2019 schließlich eine Bewährungsstrafe. Er hatte allerdings ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen.

#### **Folgen für die Gerichte**

Die juristische Aufarbeitung der G20-Proteste hat aber nicht nur Folgen für die einzelnen Angeklagten. Die Hamburger Gerichte müssen auch eine grundsätzliche juristische Frage beantworten, die Bedeutung für das Demonstrationsrecht in Deutschland insgesamt haben dürfte: begehen Demonstrierende einen (schweren) Landfriedensbruch, wenn sie auf einer gewalttätigen Demonstration mitlaufen, ohne selbst Gewalt auszuüben? Diese Frage spielt in drei zentralen Prozessen eine entscheidende Rolle.

#### **Prozess gegen Fabio V.**

Für besonderes Aufsehen sorgt zunächst der Prozess gegen Fabio V.. Der Italiener ist 18 Jahre alt, als er 2017 zu den Protesten gegen G20 nach Hamburg kommt. Am Morgen des 7. Juli läuft er auf der Demonstration von rund 200 Männern und Frauen mit, die am Bahrenfelder Rondenbarg von der Polizei aufgelöst wird. Aus der Gruppe heraus sollen Steine auf Polizistinnen und Polizisten geworfen und Pyrotechnik gezündet worden sein. Außer Frage steht, dass Fabio V. selbst nichts geworfen hat. Dennoch wird er verhaftet.

#### **Lange Untersuchungshaft**

Er muss fast fünf Monate in Untersuchungshaft bleiben. Erst am 27. November, als sein Prozess längst läuft, wird er gegen Kautionsfreilassung. Die Staatsanwaltschaft klagt ihn wegen versuchter Körperverletzung, tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und schweren Landfriedensbruchs an. Im Oktober eröffnet das Amtsgericht Altona den Prozess- und der platzt nach langer Verhandlung im Februar 2018 kurz vor dem Urteil, weil die Richterin in Mutterschutz geht. Fabio V.

soll nun zusammen mit anderen Angeklagten aus dem Rondenborg-Komplex vor Gericht gestellt werden. Dazu gekommen ist es bislang nicht.

### **Ausschreitungen an der Elbchaussee**

Auch im Prozess um die schweren Ausschreitungen auf der Elbchaussee am Morgen des 7. Juli sind es eher Mitläuferinnen und Mitläufer, die die Polizei identifiziert und die vor Gericht kommen. Fünf Männer im Alter von 20 bis 26 Jahren werden im Juli 2020 nach eineinhalb Jahren Prozess wegen Landfriedensbruchs und Beihilfe zu Brandstiftung zu Bewährungsstrafen und Arbeitsauflagen verurteilt. Ein Angeklagter kommt wegen weiterer Vorwürfe für insgesamt drei Jahre in Haft. Er hatte als einziger Flaschen- und Steinwürfe eingeräumt. Alle Angeklagten hätten zumindest billigend in Kauf genommen, dass Banken, Versicherungen und Immobilienbüros beschädigt, Barrikaden errichtet und Polizistinnen und Polizisten mit Steinen beworfen wurden, sagt die Vorsitzende Richterin und begründet damit die Verurteilung wegen Landfriedensbruchs.

### **VIDEO: Elbchaussee-Randale: Urteile gegen G20-Protestler (3 Min)**

#### **Kritik an der Staatsanwaltschaft**

Dass die Staatsanwaltschaft die fünf jungen Männer für alle beim Aufmarsch angerichteten Schäden verantwortlich gemacht habe, sei aber eine nicht zulässige Pauschalisierung und rechtlich falsch. Die Richterin kritisierte die Staatsanwaltschaft im Urteil scharf: Die habe politische Stimmungsmache betrieben. Selten habe sie auch unter Richterinnen und Richtern "so viel Meinungsmache und Schwarz-Weiß-Analysen" erlebt, so die Vorsitzende Richterin.

#### **Rondenborg-Prozesse**

Wegen des Aufmarsches am Bahrenfelder Rondenborg am Morgen des 7. Juli hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 85 Beschuldigte erhoben. Sie waren am Morgen des 7. Juli bei der Demonstration dabei, bei der aus der Menge heraus Polizistinnen und Polizisten mit Steinen beworfen worden sein sollen. Am 3.12.2020 beginnt der erste Prozess im Rondenborg-Komplex. Fünf junge Männer und Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet sollen sich wegen gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruchs, tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte und versuchter gefährlicher Körperverletzung verantworten. Weil alle fünf zum Zeitpunkt des G20-Gipfels Jugendliche waren, findet der Prozess vor einer Jugendstrafkammer und unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Doch der Prozess ist kaum gestartet, da setzt ihn die Kammer Ende Januar 2021 wegen der Corona-Pandemie nach nur zwei Verhandlungstagen aus. Es sei den jungen Menschen nicht zuzumuten, in einer Pandemie jede Woche viele Stunden mit dem Zug nach Hamburg zu reisen, heißt es. Es gibt bis heute keinen Termin für einen Neustart.

#### **Kosten des Gipfels**

Der G20-Gipfel ist teurer geworden als ursprünglich kalkuliert. Die Bundesregierung hat für das Staats- und Regierungstreffen 72,2 Millionen Euro ausgegeben. Darunter fallen beispielsweise die Kosten für die organisatorische und logistische Vorbereitung des Treffens und die Kommunikation des Bundespresseamtes. Hinzu kamen die Kosten für die Sicherheit. Für die Sicherheit war Hamburg als Austragungsort zuständig. Der Bund hatte zuvor aber zugesagt, pauschal 50 Millionen für den Gipfel und das vorausgegangene OSZE-Treffen zur Verfügung zu stellen. So hatte der damalige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz vor dem Gipfel zugesichert, dass die Hamburger Steuerzahlerinnen und -zahler nichts beitragen müssten.

#### **Teurer als geplant**

Dann wurde aber alles teurer als gedacht. Insgesamt haben die Sicherheitsmaßnahmen beim G20-Gipfel 64.771.195 Euro gekostet. Das geht aus einer kleinen Senatsanfrage von 2018 hervor, auf die der Senat heute noch verweist. Allein über 51 Millionen Euro musste Hamburg für auswärtige Polizeikräfte und Ausrüstung bezahlen, also für auswärtige Hubschrauber, Wasserwerfer, Spezialfahrzeuge. Hinzu kamen Kosten für Verpflegung oder die Miete für die Gefangenenansammelstelle. Zusammen mit den Kosten für das OSZE-Treffen sollte Hamburg plötzlich 85 Millionen Euro tragen. Im Dezember 2017 wurde Bürgermeister Olaf Scholz in Berlin vorstellig. Im März 2018 dann sagte der Bund eine weitere Beteiligung an den Mehrkosten zu. Der Bund zahlte insgesamt schließlich 69 Millionen Euro. Die restlichen 16 Millionen musste dann doch Hamburg tragen.

## **20 Millionen Euro für den Härtefonds**

Hinzu kamen Kosten für den Härtefallfonds. Aus ihm sollten während der Gipfeltage entstandene Schäden beglichen werden, für die die Versicherungen nicht aufgekommen sind. In den Härtefallfonds zahlten der Bund und Hamburg jeweils 20 Millionen Euro ein. Letztlich wurden daraus rund 300 Fälle reguliert. Hamburg vereinbarte mit dem Bund, dass die Stadt den Rest zum Ausgleich der zusätzlichen Belastungen durch Sicherheitskosten verwenden darf.

## **Bilanz des Gipfels**

Vom G20-Gipfel in Hamburg werden wohl vor allem die Bilder der Ausschreitungen und Zerstörungen in Erinnerung bleiben. Die Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum sollen bei mehr als zwölf Millionen Euro liegen. So bezifferte die Innenbehörde den Schaden vor einem Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft.

## **Viele Verletzte auf beiden Seiten**

Nach Angaben von Polizei und Feuerwehr wurden 797 Beamtinnen und Beamten im G20-Einsatz verletzt. Dazu, wie viele G20-Gegnerinnen und -Gegner verletzt wurden, gibt es keine abschließenden Zahlen. Von den Krankenhäusern wurden 270 Patientinnen und Patienten dem Kreis der Demonstrierenden und Unbeteiligten zugerechnet, 40 bis 50 wurden mit dem Rettungswagen eingeliefert, 20 mussten stationär behandelt werden. Die Kassenärztliche Notfallpraxis Altona versorgte während des Gipfels 38 verletzte mutmaßliche Demonstrierende. Die meisten und schwersten Verletzungen gab es bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration am Bahrenfelder Rondenbarg am Morgen des 7. Juli. Dort wurden 14 Demonstrierende verletzt, einige von ihnen schwer mit Knochenbrüchen.

## **Umfangreiche Fahndung**

Nach dem Gipfel ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft mit großem Aufwand gegen G20-Gegnerinnen und Gegner, die sich an Ausschreitungen beteiligt haben sollen. 1.286 Beschuldigte wurden namentlich identifiziert. Darüber hinaus ermittelte die Polizei gegen 1.666 Personen, die unbekannt geblieben sind. Auf 135 der Tatverdächtigen stieß die Polizei durch Fotos, mit denen sie bundesweit fahndete.

## **Knapp 450 Anklagen**

Letztlich klagte die Staatsanwaltschaft 449 Tatverdächtige an. Hunderte von ihnen standen bereits vor Gericht, manche bekamen mehrjährige Gefängnisstrafen. Zwei Männer wurden zu so langen Haftstrafen verurteilt, dass sie noch heute im Gefängnis sind, einer voraussichtlich noch bis März 2023. Und die juristische Aufarbeitung geht weiter: Bei den Hamburger Amtsgerichten liegen noch 29 G20-Verfahren, 14 sollen in diesem Jahr verhandelt werden. Vor dem Landgericht stehen noch elf Prozesse an. Termine für diese gibt es noch nicht.

## **Keine einzige Anklage gegen die Polizei**

Dem gegenüber gibt es nicht eine Anklage gegen Polizistinnen und Polizisten, die beim G20-Gipfel im Einsatz. Es gab zwar zahlreiche Anzeigen, und das Dezernat Interne Ermittlungen der Hamburger Innenbehörde leitete 157 Ermittlungsverfahren ein. Nicht eines davon mündete in eine Anklageschrift und einen Prozess. Nur in einem Fall bekam ein Polizist einen Strafbefehl zugeschiedt - wegen der Verletzung eines Kollegen.

## **Polizeieinsätze und Maßnahmen rechtswidrig**

Die Gerichte erklärten mehrere Polizeieinsätze und Maßnahmen der Innenbehörde im Nachhinein für rechtswidrig. Das Verwaltungsgericht entschied beispielsweise, dass Mitglieder der Jugendgruppe "Die Falken" bei ihrer Anreise zu Unrecht mehrere Stunden in Gewahrsam genommen wurden. Und das Hamburger Landgericht entschied im Juni 2018, dass einige Ingewahrsamnahmen von Demonstrierenden rechtswidrig waren. Rechtswidrig waren auch Polizeimaßnahmen gegen das G20-Protestcamp auf Entenwerder, so das Urteil des Verwaltungsgerichts [in diesem Mai](#). Die Polizei hätte den Zugang zur Halbinsel nicht absperren dürfen. Nach Auffassung der Richter fiel das angemeldete Zeltlager in erheblichen Teilen unter das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Im Juni 2018 verkündet Hamburgs Innensenator Andy

Grote die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten.

### **Kein gemeinsamer Abschlussbericht**

Nach dem Gipfel tagte ein G20-Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, um die Gipfeltage in der Stadt aufzuarbeiten. Der Ausschuss beendete seine Arbeit ohne einen gemeinsamen Abschlussbericht vorzulegen, wie es sonst bei Untersuchungsausschüssen üblich ist.

### **VIDEO: G20-Aufarbeitung in der Bürgerschaft (1 Min)**

.) **G20-Debakel:** Die Verantwortlichen haben sich geschmeidig aus der Affäre gezogen: [G20 in Hamburg: Warum die Polizeitaktik mitverantwortlich für das Desaster war](#)

.) **Polizei erkennt an: Gewalt bei G20 in Hamburg war rechtswidrig :**

[G20 in Hamburg: Dieser jungen Frau brach ein Polizeibeamter das Bein](#) -

Fünf Jahre nach dem G20-Gipfel in Hamburg hat die Polizei die Rechtswidrigkeit einer Gewaltanwendung gegen zwei Radfahrer anerkannt. Die Frau und der Mann wollten damals eine nicht geschlossene Polizeiabspernung passieren, als Beamte aus Sachsen sie gewaltsam daran hinderten.

Das Verwaltungsgericht bestätigte auf Antrag der beiden Betroffenen die Rechtswidrigkeit in zwei Urteilen. Eine weitere rechtliche oder gar strafrechtliche Wertung des Polizeieinsatzes sei damit nicht verbunden, sagte ein Sprecher des Gerichts am Montag. Verwaltungshandeln könne aus ganz unterschiedlichen Gründen rechtswidrig sein, manchmal reichten formale Fehler.

.) **Ist Zelten politisch? Urteil im G20-Protestcamp-Fall verkündet / Gericht:**

**Beschränkungen eines G20-Protestcamps rechtmäßig :**

<https://www.mopo.de/hamburg/ist-zelten-politisch-g20-protestcamp-urteil-nein-ist-es-nicht/>

Seit Januar 2018 klagen drei Parteien, der Verein Comm, Attac Deutschland und der Vorsitzende der Altonaer Bezirksfraktion der Linken, Robert Jarowoy, gegen die 2017 erfolgten Beschränkungen des Protestcamps im Altonaer Volkspark, in dem sich mehrere tausend Leute anlässlich des G20-Gipfeltreffens getroffen hatten. Im Kern geht es vor diversen Gerichten immer um die gleiche Frage: Sind Zeltplätze zum Schlafen und Duschgelegenheiten politisch und fallen damit unter die Versammlungsfreiheit oder sind sie es eben nicht. Das Obergerverwaltungsgericht Hamburg hat am Donnerstag ein Urteil gefällt.

Das Obergerverwaltungsgericht (OVG) Hamburg hat mit einem Urteil (Az. 4 Bf 221/20) bestätigt, dass die Beschränkungen eines Protestcamps anlässlich des G20-Gipfeltreffens am Altonaer Volkspark rechtlich nicht zu beanstanden waren. Es wies damit die von den Klägern eingelegte Berufung gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts zurück.

Auch wenn das G20-Protestcamp inzwischen schon sechs Jahre zurückliegt – es geht um eine Frage, die bestimmt, welche Art Protest zugelassen ist und, wenn man der Argumentation der Kläger folgt, um Beschränkungen des Artikels 8 des Grundgesetzes: der Versammlungsfreiheit.

Bundesverfassungsgericht: G20-Protestcamp falle „vorsorglich“ unter Artikel 8 Grundgesetz